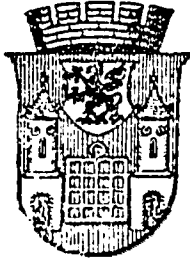


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 192

Mittwoch, den 18. August 1926

33. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- Das Disziplinarverfahren gegen die Hannoveraner Studenten im Falle Lessing ist eingestellt worden.
- Die Nachrichten von einer Opposition Belgiens in bezug auf den westeuropäischen Eisenpakt scheinen unrichtig zu sein.
- In Kalifornien haben die amerikanischen Behörden verschiedene mexikanische Generale verhaftet, die eine Verschwörung gegen die mexikanische Regierung inszenieren wollten.
- Wie aus Washington verlautet, beabsichtigt Staatssekretär Kellogg zurückzutreten, um seinen Anwaltsberuf wieder aufzunehmen. Als sein Nachfolger läme Votschaffer Doughton in Betracht.

## Der internationale Eisenpakt.

Ungelicher Widerstand Belgiens. Von Pariser Blättern wird mitgeteilt, daß an dem Gerücht über ein Scheitern der Verhandlungen nur so viel wahr sei, daß Frankreich und Belgien sich einen Aufschub für ihre Zustimmung vorbehalten hätten, der am 17. September ablaufe. Das „Journal“ teilt mit, die Belgier und Franzosen hätten von vornherein diese Haltung eingenommen. Der Fall Frankreichs sei aber verschieden von dem Belgiens.

Das Kompromiß habe im ganzen die Zustimmung des größten Teiles der französischen Metallindustrie gefunden.

Der Widerstand komme lediglich von einigen Firmen, die der Ansicht seien, daß man ihnen ungenügende Kontingente zugewiesen habe. Diese Schwierigkeiten können aber durch neue Verhandlungen leicht behoben werden. Auf der belgischen Seite sehe man vor einer allgemeinen Opposition. Die gesamte belgische Metallindustrie halte sich für überverteilt und sei der Ansicht, daß man der luxemburgischen Konkurrenz zu weit entgegengekommen sei. Es sei allerdings fraglich, ob dies der einzige Grund für den belgischen Widerstand sei. Die Beunruhigung, die das Eisenkarrell in England und Amerika hervorgerufen habe, hänge im letzten Grunde mit der Haltung der Belgier zusammen, da die beiden Länder über die Kredite für die belgische Stabilisierung zu entscheiden hätten.

Aus informierter Quelle aber verlautet neuerdings, daß der Pakt perfekt sei.

Die Schwierigkeiten Belgiens seien interner Natur und besonders darauf zurückzuführen, daß die belgische Gruppe eine nicht so straffe Organisation darstelle, wie die Gruppen der anderen Beteiligten. Die anderen Beteiligten — Deutschland, Frankreich und Luxemburg — seien sich durchaus einig, und die Vertragsbestimmungen beständen entgegen anderen Ausführungen absolut und im ganzen fest. Man erwarte nunmehr bis zum 15. September die Beibringung der Unterschrift der noch ausstehenden Länder, so daß neue Verhandlungen kaum nötig sein würden.

Die Quotenberechnung, über die gleichfalls Einigkeit herrscht, rechnet mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 29 Millionen Tonnen für alle Länder. Nach zuverlässiger Schätzung beträgt die augenblickliche Produktion rund 27 bis 28 Millionen Tonnen. Hier steht das bereits erwähnte schwierige Ausgleichssystem ein. Der bestimmt festgesetzte Prozentsatz bei Vollproduktion beträgt für Deutschland rund 42,25 Prozent, er ist für Frankreich ebenso wie für die anderen Länder je nach der tatsächlichen Produktion gleitend und ausgleichend. Für die Kontingentierung beträgt der Prozentsatz zuverlässig 6½ bis 6¾ Prozent der Produktion.

## Eine Verschwörung gegen den mexikanischen Präsidenten aufgedeckt.

Das Justizdepartement der Vereinigten Staaten ist, wie aus New York gemeldet wird, einem schon sehr weit vorgeschrittenen Plane von Mexikanern in Kalifornien auf die Spur gekommen, von amerikanischem Gebiet in Nordmexiko einzufallen. Der Plan ist durch die Verhaftung der Verschwörer vereitelt worden.

Die amerikanischen Behörden in Kalifornien ließen 150 Mexikaner verhaften. Sie wollten angeblich unter Führung des früheren mexikanischen Kriegsministers General Estrada nach Mexiko reisen, um dort einen Putsch gegen die Regierung zu inszenieren. In den Wohnungen der Verhafteten wurden große Mengen von Munition gefunden. Gleichzeitig berichteten die Zeitungen aus Mexiko-City, daß dort 21 Personen verhaftet wurden, die ein Attentat gegen den Präsidenten Calles planten.

Unter den Verhafteten befindet sich der General Aurelio Sepulveda, der seinerzeit für Carranza agitierte und seit zwei Jahren in Los Angeles wohnte. Beamte des Justizdepartements erklären, daß ein weiterer gesuchter Führer der Bewegung noch nicht ergriffen sei. Die Anklage lautet auf Vorbereitung und Teilnahme an einer Expedition gegen eine befreundete Regierung, also Bruch des Neutralitätsgesetzes. Die beschlagnahmten Schriftstücke sollen genügen, das Verfahren gegen die Verschwörer durchzuführen.

## Politische Rundschau.

— Es verlautete verschiedentlich, daß das Reichsstativett noch vor Ende dieses Monats sich zu neuen Besprechungen zusammenfinden werde. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Schon in Anbetracht der Sitzung der Genfer Studienkommission am 30. August wird das Reichsstativett voraussichtlich erst wieder im September beraten.

— Hinsichtlich der kommenden Völkerbundstagung ist damit zu rechnen, daß die Reichsregierung ihre Vertreter beauftragen wird, an den bisherigen Vorschlägen der Studienkommission für die künftige Ausgestaltung des Rates festzuhalten.

## Arbeit für 10 000 Erwerbslose.

— Berlin, 18. August. In einer Besprechung, die im Ministerium für Volkswohlfahrt stattfand, wurden die Anträge der Stadt Berlin auf dem Gebiete des Straßenbaues in vollem Umfange genehmigt. Es kann daher mit den Arbeiten, bei denen etwa 10 000 Erwerbslose Beschäftigung finden sollen, sofort begonnen werden.

— Saarländische Denkschrift an den Völkerbund. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Die Landesratsfraktionen der Zentrumspartei und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei haben dem Völkerbundsrat eine Denkschrift zugehen lassen, die sich gegen den vorherrschenden Einfluß Frankreichs in der Saargebietung zum Schaden des Saargebiets und seiner Bevölkerung richtet. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß der Völkerbundsrat mit seinem Beschluß, die Präsidentschaft der Regierungskommission nicht wieder einem Franzosen zu übertragen, seinen Willen zu erkennen gegeben habe, im Saargebiet eine dem Geiste des Saartatuts entsprechende neutrale Verwaltung herzustellen. Noch immer sei das französische Militär verträglich im Saargebiet usw.

— Geheimer Justizrat Eduard Müller †. In Koblenz ist der ehemalige Führer der Zentrumspartei des Bezirks Koblenz, Stadtverordneter und Ehrenbürger der Stadt Koblenz, Geheimer Justizrat Eduard Müller gestorben. Der Verstorbene war der einzige noch lebende rheinische Führer aus der Anfangszeit des Zentrums. Geheimerat Müller war auch der einzige Überlebende der Gründer der Görres-Gesellschaft.

— Das Verfahren gegen die Studenten in Hannover eingestellt. Da Professor Lessing es abgelehnt hatte wegen der bekannten Vorfälle Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen und da auch in anderer Beziehung gesetzlich gegen die Studentenschaft der Technischen Hochschule kein Verfahren aufrecht erhalten werden konnte, mußte davon Abstand genommen werden.

— Genossenschaftstag in Königsberg. Hier fand in der Stadthalle die Eröffnungsfest für die 63. Tagung des Deutschen Genossenschaftsverbandes statt. Bürgermeister Dr. Goerdeler begrüßte die Erschienenen. Geheimer Justizrat Dr. Alberti, der den Vorsitz führte, richtete Worte herzlichen Willkommens an die Ehrengäste und gedachte besonders auch des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Ehrenanwalts Dr. Erüger. Ministerialrat Hoppe übermittelte die Grüße und Wünsche der Reichsbehörden und namentlich des Reichswirtschaftsministeriums und sprach die Hoffnung aus, daß die Tagung zum Wohle des deutschen Genossenschaftswesens und zum Heile des deutschen Volkes dienen möge. Auch Ministerialrat von Hoffmann, der für das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe und für die Länderregierungen sprach, wünschte der verbenden Kraft des genossenschaftlichen Gedankens einen weiten Widerhall.

## Ausland.

— In der französischen Stadt Francobille kam es bei der Bestattung eines von der Front übergeführten Soldaten zu Zusammenstößen mit Kommunisten, die sich des Sarges bemächtigten, die Exkoltore durch die rote Fahne ersetzten

und den Toten zum Gemeindefriedhof trugen. Erst nach einem Handgemenge auf dem Friedhof konnte die Bestattung vor sich gehen.

— In Sowjetrußland wird anscheinend Großreinemachen abgehalten. Nachdem auch Stamenow „beurlaubt“ worden ist, verlautet jetzt aus Moskau, daß auch der stellvertretende Vorsitzende im Volkswirtschaftsrat, Biatekow, einen längeren „Urlaub“ antritt und nicht mehr in sein Amt zurückkehrt.

— Zu den Meldungen aus Konstantinopel über die Schließung der ausländischen Handelskammern in der Türkei wird jetzt mitgeteilt, daß es sich um ein Mißverständnis handle. Die Polizei habe die diesbezügliche Verordnung falsch aufgefaßt.

## Belgiens Anleihe in der Schweiz.

— Basel, 18. August. Die Verhandlungen zur Unterbringung einer belgischen Anleihe in der Schweiz hatten Erfolg. Die Anleihe hat eine Höhe von 500 Millionen Franken bei einem Zinssatz von sechs Prozent. Die Rückzahlung soll innerhalb 25 Jahren erfolgen.

## Eine neue Konferenz in Genf.

— Genf, 18. August. Morgen tritt hier unter dem Vorsitz Sir Eric Drummonds die Sachverständigenkommission der großen internationalen Nachrichtenbureaus zusammen, die gemäß dem Beschluß des Völkerbundsrates die technischen und rechtlichen Fragen einer Verbesserung und Erleichterung der Nachrichtenübermittlung zwischen den einzelnen Ländern prüfen und beraten soll.

## Sensation in Budapest.

— Budapest, 18. August. Die Revisionsverhandlung des Frankenfälscherprozesses brachte gestern eine große Ueberraschung. Der Sekretär des Prinzen Ludwig Windischgrätz, Naba, der Kronzeuge der ganzen Affäre, zog seine vor dem Stragerichtshof gemachten Aussagen zurück, in denen er den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, den Grafen Teleky, den Feldmarschall Zadrawec und den Generaldirektor der Postsparkasse Baros schmer belastet und die Frankenfälschungen auf eine staatlich organisierte Organisation zurückgeführt hatte.

## Vertragspausse in Genf.

— Seit Bestehen des Völkerbundes sind im ganzen 1169 Verträge registriert worden. Im letzten Jahre haben nächst England mit 45 Verträgen Ungarn mit 40, Deutschland mit 36 und Frankreich mit 32 die meisten internationalen Verträge registriert. Außerdem sind beteiligt Lettland mit 24, Schweden, Dänemark und Finnland mit je 20, Italien und Holland mit je 15, Polen mit 14, Norwegen und die Tschechoslowakei mit je 11 Verträgen usw. 25 Verträge des letzten Jahres enthalten politische Abmachungen, 8 sind Schiedsverträge, 36 betreffen Rechtshilfe- und Auslieferungsverträge. Der größte Teil der Verträge sind Handels-, Wirtschafts-, postalische und sonstige Verkehrsabmachungen.

## Was beabsichtigt Mellon?

— Der amerikanische Schatzsekretär Mellon, der in Ebian, von Genf kommend, eingetroffen ist, begibt sich nach Paris und wird auch mit Poincaré unterhandeln. Diesen bevorstehenden Besprechungen mißt man große Bedeutung zu. Ohne ausländische Kredite wird Poincaré niemals eine Stabilisierung des Frankens erreichen. Die Diskussion über die Schuldensabkommen läßt sich also kaum mehr hinausschieben. Anschließend will Mellon auch Brüssel und London besuchen.

## Bulgariens Antwort auf die slawische Note.

— Die wegen der Wandenbüchelle an der bulgarischen Grenze von Jugoslawien, Rumänien und Griechenland in Sofia überreichte Note ist jetzt beantwortet worden. Die Beschuldigungen werden zurückgewiesen. Es heißt darin, Griechenland habe keinerlei Grund zu Beschwerden und Rumänien sei verantwortlich für die jüngsten unangenehmen Vorkommnisse in der Dobruidscha, die unter der bulgarischen Bevölkerung dieser Provinz große Beunruhigung hervorgerufen hatten. Abschriften der Note werden an die Großmächte gesandt werden. Die bulgarische Regierung sieht vorläufig davon ab, den Fall vor den Völkerbund zu bringen, und will erst die weitere Entwicklung des Disputs abwarten. Sie ist aber im Prinzip bereit, sich dem Eingreifen des Völkerbundes zu unterwerfen.

## Das Kitchener-Märchen.

— Das Märchen von Kitcheners Leiche, das von einem englischen Journalisten ausgebracht worden ist, hat ein rasches, unruhliches Ende gefunden. Der Satz wurde nach der Beschlagnahme durch die Polizei amtlich geöffnet. Wie das Ministerium des Innern bekannt gibt, ist der Satz völlig leer befunden worden und hat nach Ansicht von Sachverständigen niemals menschliche Überreste enthalten. Die Presse hat gleich nach der Ueberführung des Sarges am Sonnabend, und den ziemlich vage klingenden Behauptungen Mister Powers von den Uniformreifen, an denen er den Leichnam Lord Kitcheners erkannt haben wollte, der Vermutung Raum gegeben, daß die ganze Geschichte nur erfunden worden sei, um für den Kitchener-Film, der augenblicklich vorbereitet wird, Reklame zu machen.